

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 88
Postcheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzelte für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Kleinanzeigen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amflicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 265

Herford, Montag, den 11. November

1918

Die Waffenstillstandsbedingungen angenommen.

Bernichtende Einzelheiten. — Der Kaiser in Holland.

Amflich.

Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung Belgiens, Frankreichs, Elsaß-Lothringens binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder ist Kriegsgefangener.
3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers. Mainz, Koblenz, Köln. Besetzung vom Feinde auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer 30–40 Kilometer tiefe neutrale Zone. Räumung in 11 Tagen.
6. Auf linkem Rheinufergebiet nicht hinwegführen aller Fabriken, Eisenbahnen intact zu lassen.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggon, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. August 1914 zurücknehmen. Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts. Die übrigen Schiffe desarmiert und übermacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherung der freien Durchfahrt durchs Kattegat. Begränzung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen die Durchfahrt gehindert wird.
16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gefahren werden.
17. Alle von Deutschland für Neutralen verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage. wfb.

Berlin, 9. Nov. (Amflich.) Der Kurier, der die Waffenstillstandsbedingungen des Marfchalls Foch in das deutsche Hauptquartier befördern sollte, hat seinen Bestimmungsort bisher noch nicht erreicht. Lieber die Gründe seines Ausbleibens besteht noch keine Klarheit. Von deutscher Seite ist daher durch Funkpruch bei unserer Delegation im feindlichen Hauptquartier Aufklärung erbeten worden. Marfchall Foch wird die Bedingungen durch einen französischen Flieger in das deutsche Hauptquartier senden.

wfb. Berlin, 10. Nov. (Amflich.) Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach dem Bekanntgeben der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden. Heute nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden: Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herren Präsidenten mit der Bitte gewandt, den Frieden wieder herzustellen. Dieser Frieden sollte den Grundfragen entsprechen, zu denen sich Präsident Wilson stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller streitigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führe und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle.

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten.

Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen insbesondere die Abgabe der Verkehrsmit-

tel und der Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifeltsten gestalten, und den Hungertod von Millionen, Männer, Frauen und Kinder, bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlichst und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Stimmung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Wiederaufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Friedensfrieden verbürgen.

Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den Alliierten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Goltz.

Kaiser Wilhelm II. in Arnheim.

M. Berlin, 10. Nov. Der Kaiser ist mit einem Gefolge von 10 Personen in Arnheim in Holland eingetroffen und wird dort in der Villa des Barons Bentinck Wohnung nehmen.

Deutsch-Österreich schließt sich Deutschland an.

M. Wien, 11. Nov. Der Staatsrat hat am Sonntag einmütig den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland beschlossen. Der Beschluß wurde unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in Berlin gefaßt. Maßgebend dafür war, daß die Kronländer Tirol und Salzburg sich für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen hatten.

Der Berliner Generalfreist beendet.

M. Berlin, 11. Nov. Der Aktionsausschuß des A. und S.-Rats, der gestern gewählt wurde, hat den Generalfreist für beendet erklärt.

Die neue sozialistische Regierung. Proklamation des Reichskanzlers.

Berlin, 9. Nov. Laut Mitteilungen veröffentlichte Scheidemann heute von der Terrasse des Reichstagsgebäudes an die Republik.

wfb. Berlin, 9. Nov. Der Reichskanzler Ebert erläßt folgende Rundgebung:

An die deutschen Bürger!

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen.

Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einklang mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Debatte in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen, und die Freiheit, die es erlangen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die uns bevorsteht. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr an die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Minderungen und Raub mit Gewalt für alle. Die Menschen würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Verbrauchsgütern vergreift, veründigt sich am schwersten an der Gesamtheit unserer Mitbürger.

Ich bitte auch alle dringend: Verlaßt die Strafen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler, Ebert.

wfb. Berlin, 9. Nov. Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht folgenden Aufruf:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte

übernommen, um das deutsche Volk vor Hungergefahr und Hungertod zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen.

Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn die Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiches Handeln leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben. Aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verfall der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft alle mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverbrochene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Wählung gekommen ist.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler, Ebert.

Die Bedingungen der Unabhängigen.

wfb. Berlin, 10. Nov. Die Regierung ist persönlich. Die Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Sozialdemokratie zwecks Bildung einer gemeinsamen Regierung sind heute zum Abschluß gelangt.

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, das die Bedingungen für den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokratie in das Kabinett enthält. Dieses Schreiben lautet:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes: Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Ergründungen zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Sachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts.

Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien zur Seite gestellt, aus jeder Partei eins.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späterer Erörterung vorbehalten bleiben.

Für den Falle der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der unabh. soziald. Partei. Die sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgelegten Bedingungen angenommen, worauf die unabhängige sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärte. Die sozialdemokratische Partei hat die Abgeordneten Ebert, Landsberg und Scheidemann als Minister in Aussicht genommen. Das Kabinett wird also aus Barth, Dittmann, Ebert, Haase, Landsberg und Scheidemann bestehen.

wfb. Berlin, 9. Nov. (Amflich.) Wie wir hören, hat sich der Kriegsminister der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die weitere Ernährung des Heeres und die Lösung der Demobilisierungsaufgaben sicherzustellen.

Die Anerkennung des A. u. S.-Rates durch die Oberste Seeresleitung.

M. Berlin, 10. Nov. Aus dem großen Hauptquartier ist, wie das „Berliner Tageblatt“ hört, die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die oberste Seeresleitung die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats anerkennt. Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat gestern Berlin verlassen.

Die Vorgänge in der Reichshauptstadt. Matrosen im Luftschiff von Wilhelms-hafen nach Berlin befördert.

M. Berlin, 10. Nov. Die Geschäftsräume der Telegraphen-Union sind gestern nachmittag vom Arbeiter- und Soldatenrat besetzt worden. Der Betrieb wird ungehindert unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats fortgeführt.

M. Berlin, 10. Nov. Der preussische Landtagsabgeordnete Paul Hirsch (Schubmann-Richtung) ist vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Polizeidirektor von Berlin bestellt worden.

M. Berlin, 10. Nov. Die bisherige „Nordd. Allg. Zeitung“ erscheint von heute ab unter dem Titel „Die Internationale“. Die „Berliner Allg. Ztg.“ (Verlag Fein) erscheint als Organ der Unabhängigen, der Eberische „Volksanzeiger“ wurde von der Spartacus-Gruppe übernommen und führt seit Sonntag den Titel „Die rote Fahne“.

M. Berlin, 10. Nov. In der Nähe des Marfchalls am Rgl. Schloß zu Berlin kam es gestern abend zu Straßenkämpfen. Mehrere Offiziere, die sich geweigert hatten, die Aolarde und die Achselstücke zu entfernen wurden von der Volksmenge verfolgt und flüchteten sich in den Marfshall. Sie empfingen die nachdrängende Menge mit Gewehr- und Maschinengewehrfire, worauf sich die Volksmassen entfernten. Später wurde der Angriff wiederholt, jedoch von neuem in kurzen Straßenkämpfen wieder abgeblasen. Um 7 1/2 Uhr nahm der Straßenkampf nicht nur in der Breitenstraße, sondern auch in der Brüderstraße und auf dem Schloßplatz großen Umfang an. Es wurde Krawall, Straßen aus Gewehren und Maschinengewehren stark geschossen. Auch scheinen kleine Geheige in Tätigkeit gewesen zu sein.

Liebknechts Einzug in das Schloß zu Berlin.

Berlin, 10. November.

Gegen 4 Uhr entwickelte sich um das Schloß ein lebhaftes Gedränge. Die Auffahrten und der Platz vor dem Ballon waren dicht besetzt. Eine Anzahl von Automobilen mit roter Flagge hielt unter der Menge. Unter lebhaftem Jubel schob sich ein kleiner Kraftwagen, auf dessen Oberdeck Karl Liebknecht unter einer großen roten Fahne stand, durch die Masse und hielt gegenüber dem Hauptportal des Schlosses. Liebknecht verkündete in einer kurzen Ansprache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin das Schloß in seinen Schutz genommen habe. Es sei kein beliebiges Privateigentum mehr, sondern Volkseigentum. Die Wache wurde durch das Telegraphenbataillon ausgestellt, sie habe strikten Befehl, jegliche Versuche, einen Angriff auf das Gebäude zu unternehmen, mit Waffengewalt zu verteidigen. Darauf sprach ein Unteroffizier des Telegraphenbataillons und ermahnte ebenfalls zur Ruhe. Man solle nicht das, was man bis jetzt errungen habe, durch Unbesonnenheit verschmerzen; die Wache würde der ihr vom Rat auferlegten Pflicht bis zum äußersten nachkommen. Sodann wandte sich Liebknecht wieder an die Menge und sagte:

„Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland. Wir

„Nun unsere russischen Brüder, die vor vier Tagen schmählich davongejagt worden sind.“ Die Soldaten wies dann auf das Hauptportal des Schlosses und rief mit erhobener Stimme: „Durch dieses Tor wird die neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten einziehen. Wir wollen an der Stelle, wo die Kaiserfanterie wehte, die rote Fahne der freien Republik Deutschland hissen!“ Die Soldaten der Schloßwache, die auf dem Dache sichtbar waren, schwenkten die Helme und grüßten zur Menge herab, die auf das Tor zu drängte. Es wurde langsam geöffnet, um dem Automobil Liebknechts Einlaß zu gewähren. Die Menge wurde davon zurückgehalten, zu folgen. Nach einigen Minuten erschienen, von der Menge stürmisch begrüßt, die Soldaten der Schloßwache ohne Waffen und Gepäck. Kurze Zeit darauf zeigte sich Liebknecht mit Gefolgschaft auf dem Balkon, von dessen Grau sich eine breite rote Decke abhob. „Parteilosen“, begann Liebknecht, „der Tag der Freiheit ist angebrochen. Nie wieder wird ein Hohenzoller diesen Platz betreten. Vor 70 Jahren stand hier am selben Ort Friedrich Wilhelm IV. und mußte vor dem Zug der auf den Barricaden stehenden Soldaten für die Sache der Freiheit Gefallenen, vor 50 blutüberströmten Leichnamen seine Mißbilligung abgeben. Ein anderer Zug bewegt sich heute hier vorüber. Es sind die Geister der Millionen, die für die heilige Sache des Proletariats ihr Leben gelassen haben. Mit zerspaltenem Schädel, in Blut gebadet, warten diese Opfer der Gewalttätigkeit vorüber, und ihnen folgen die Geister von Millionen von Frauen und Kindern, die für die Sache des Proletariats in Kummer und Elend verkommen sind. Und Millionen von Blutopfern dieses Weltkrieges ziehen ihnen nach. Heute steht eine unübersehbare Menge begeisterter Proletarier am selben Ort, um der neuen Freiheit zu hulden. Parteilosen, ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Schätze umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei ihrem Abschied zu uns gesagt: „Gibt Ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, so wenden wir uns von Euch ab.“ Und nun hat es kaum vier Tage gedauert.“ „Wenn auch das Alle vergessen ist“, fuhr Liebknecht fort, „dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vervollendung der Weltrevolution auf. Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur (alle Hände erhoben sich und riefen: Hoch die Republik!). Nachdem der Beifall verhaucht war, rief ein neben Liebknecht stehender Soldat und schwenkte die rote Fahne, die er in den Händen trägt: „Hoch lebe ihr erster Präsident Liebknecht!“ Liebknecht schloß: „Soweit sind wir noch nicht. Ob Präsident oder nicht, wir müssen alle zusammenstehen, um das Ideal der Republik zu verwirklichen. Hoch die Freiheit und das Glück und der Frieden!“ Bald darauf wurde an dem Mast der Kaiserfanterie die rote Fahne gehißt.

10. Nov. Berlin, 9. Nov. Um 1 Uhr ist eine Extravergabe des „Vorwärts“ erschienen, die folgendermaßen lautet: Generalstreik. Arbeiter und Soldatenrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin beschloß den Generalstreik aller Betriebe. Nur die zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen Betriebe wurden ausgenommen. Der größte Teil der Garnison hat sich angeschlossen. Die Truppenkörper haben Maschinengewehre und Geschütze dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Arbeiter! Soldaten! Sorgt für Aufrechterhaltung der Ordnung! Es lebe die soziale Republik der Arbeiter und Soldaten! Kurz vor 2 Uhr fuhr ein Automobil mit roter Fahne, das von bewaffneten Arbeitern und Soldaten eskortiert wurde, vor dem Reichstagspalais vor. Der Abg. Ebert besaß sich in das Gebäude, aus welchem zu gleicher Zeit Mitglieder des Kabinetts kamen. Um 2 Uhr dürfte der neue Reichskanzler Ebert seine Amtsgeschäfte übernommen haben. Ein Aufmarsch an die Offiziere der Garnison und der Vororte, gezeichnet von Goehre, Mitglied des Reichstags, Leutnant d. Res., Leutnant Hof, Auslandsabteilung, Südbau, Leutnant Tiburtius, mahnt zur Ruhe und Ordnung und fordert die Offiziere auf, Widerstände zu vermeiden. Die neue Regierung soll für die unabhängige Sozialdemokratie 3 Mitglieder vorsehen. Als Vertreter der nichtsozialdemokratischen Parteien werden Erzberger (Ztr.), Gotheim (Fortf. Bp.) und Michthofen (Nat.) in die Regierung eintreten. Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrikvertrauensleuten einen engeren Aufschuß gebildet, der mit der Regierung über die Übernahme der Geschäfte verhandeln soll. Die Wilhelmshavener Matrosen schicken eine Abordnung Matrosen

im Luftschiff nach Berlin.

Der Flugplatz Johannisthal ist von Arbeitern besetzt, damit das Luftschiff ohne Schwierigkeiten landen konnte. 3000 Meier Matrosen sind im Annarsch. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist ihnen entgegengefahren, um sich an ihre Spitze zu stellen. Um 5 Uhr findet eine große Versammlung der Seefahrer und Matrosen beim Bahnhof Friedrichstraße statt.

10. Nov. Berlin, 10. Nov. In Berlin ist es in der Nacht vom Sonntag zum Montag mehrfach zu Kämpfen zwischen den Truppen des Arbeiter- und Soldatenrats und

Anhängern des Königtums gekommen. Die Kämpfe setzten sich im Laufe des Sonntags fort. Gegen 4 1/2 Uhr morgens begann das Feuer von neuem. Die Häuser des Viktoriaparkes sowie des Rastee Bauers sollen noch von Offizieren, Kadetten und Jugendwehr besetzt sein. Auch in der Bibliothek im Zeughaus und im alten Museum hatten sich königstreue Offiziere verschanzt. Als vor 9 Uhr aus einem dieser Gebäude einige Schüsse fielen, wurde durch die Rätegruppen, die im Opernhaus, der neuen Wache und vor dem Schloß Aufstellung genommen hatten, ein allgemeines Feuer eröffnet. Es währte 40 Minuten. Auch auf dem Platz vor dem Marstall wurde gekämpft. Die Verteidiger bebten sich unterirdischer Gänge, die vom Marstall in das Schloß führten, besetzten einige Räume des Schlosses, das sich in den Händen der Rätegruppen befindet, und feuerten über die Straße. Gegen Mittag war der Widerstand fast vollständig niedergelassen. Dom, Schloß und Marstall zeigen eine große Anzahl von Schussstellen. Man meißelt hat bisher der Marstall gelitten. Ob die Kämpfe Menschenleben gefordert haben, ist noch unbekannt. Nach der Umgebung des Bahnhofes Friedrichstraße war in der vergangenen Nacht Gegenstand lebhafter Kämpfe. Seit 2 Uhr nachts wurde von den Dächern der Häuser in der Friedrichstraße zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Unter den Linden, von der Friedrichstraße bis zur Kgl. Bibliothek auf vorübergehende Patrouillen des Arbeiter- und Soldatenrats mit Maschinengewehren geschossen. Auch hier sind Offiziere der Angewiesenen gewesen. Sonntagsvormittag 8 1/2 Uhr richteten größere Truppen Soldaten zu Fuß und in Kraftautos an und umstellten besonders die Gebäudekomplexe Winger und Zentralhotel am Bahnhof Friedrichstraße. Von den Kuppeln der beiden letztgenannten Gebäude wurde plötzlich Maschinengewehrfeuer eröffnet, das von den Soldaten aus gedeckten Stellungen erwidert wurde. Das Gefecht dauerte etwa 20 Minuten. Verletzt wurde hierbei niemand. Die Soldaten drangen mit neuangekommenen Matrosen in das Gebäude und verhafteten 5 Offiziere, deren Tüchtigkeit jedoch noch nicht mit Sicherheit festgestellt. Auch von den Dächern des Viktoriaparkes, der Kgl. Bibliothek und des Astoriahauses wurde mit Maschinengewehren geschossen. Das Feuer wurde von den Soldaten schnell zum Schweigen gebracht. Leider ist es bei diesen Kämpfen nicht ohne Blutvergießen abgegangen. Fünf Soldaten wurden schwer verletzt, 10 in das Gebäude eingedrungenen Soldaten gelang es, einige Offiziere gefangen zu nehmen, deren Schuß einwandfrei festgestellt. Gegen 10 1/2 Uhr vormittags war das Geschützfeuer verstummt. Alle Gebäudekomplexe sind umzingelt und werden scharf bewacht. In den unterirdischen Gängen, zu denen man bisher noch nicht überall Zutritt finden konnte, werden noch über 20 Offiziere vermutet. Die Soldaten haben strenge Weisung erhalten, nicht mehr zu schießen. Man hofft der Attentäter durch eine umfangreiche an allen Ecken aufgenommene Untersuchung der unterirdischen Gänge und der Gebäude habhaft zu werden. Mehrere zerbrochenen Fensterhebeln weisen die Gebäude namenswerte Beschädigungen nicht auf. Ein Feuergefecht hat ferner um das Haus der deutschen Ingenieure an der Ecke der Sommer- und Dorotheenstraße stattgefunden. Unter den Soldaten spricht man von Toten und Verwundeten, es liegt jedoch eine amtliche Bestätigung dieser Behauptung nicht vor.

Zusammenarbeiten des General-Commandos mit dem A- und S-Rat.

Die Neuordnung in Münster.

Zwischen dem stellvertretenden General-Commando des 7. A-R., vertreten durch den Chef des Stabes, Oberst Giffenig, und den derzeitigen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates ist zur Vermeidung von Mißverständnissen folgendes vereinbart worden:

1. Der von den Kameraden gewählte Soldatenrat wird in Gemeinschaft mit dem General-Commando die militärischen Anordnungen treffen, die auf Grund gemeinschaftlicher Beschlüsse erlassen werden.
2. Waffen und Munition werden von einer Kommission in gemeinschaftliche Verwahrung genommen.
3. Die Verpflegung der Militärpersonen geht in den bisherigen Bahnen weiter. Sie unterliegt der gemeinschaftlichen Kontrolle des Garnisonältesten und des Soldatenrates.
4. Der vorläufige Vollzugsausschuß verpflichtet sich, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Die von ihm Beauftragten tragen am linken Oberarm eine weiße Binde mit der Aufschrift „Arbeiter- und Soldatenrat“. Der Vollzugsausschuß trägt ebenfalls eine weiße Binde am linken Oberarm mit der Aufschrift „Vollzugsausschuß“. Sämtliche Binde sind gekoppelt. Den Anordnungen des Vollzugsausschusses ist unbedingt Folge zu leisten.
5. Plünderer werden standrechtlich erschossen. Andere Ausstreicher jeder Art werden aufs schärfste geahndet.
6. Die bisherigen Dienstfunktionen aller Dienststellen und Dienstgrade bleiben aufrechterhalten. Den Anordnungen im Dienst ist unbedingt Folge zu leisten.
7. Den Anordnungen des Vollzugsausschusses und des Arbeiter- und Soldatenrates ist auch von den Zivilbehörden Folge zu leisten.
8. Diejenigen Mannschaften, die nicht in Münster in Garnison sind, melden sich zur Verpflegung beim Garnison-Commando, das ihnen Lebensmittelfarten vermittelt.
9. Der öffentliche Verkehr einschl. Post und Telegraph wird aufrecht erhalten.
10. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung dürfen jugendliche Personen im Alter bis zu 18 Jahren nach 8 Uhr abends die Straße nicht mehr betreten (Schulspflichtige 6 Uhr abends).
11. Wein, Schnaps, Bier darf einfließen weder im Ausverkauf noch im Handel verkauft werden; für Kranke sind die Anordnungen des Arztes maßgebend.
12. Der vorläufige Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates erwartet von jedem einzelnen Kaufe und Disziplin.

Münster i. W., den 9. November 1918.

Als Vertreter des stellvertretenden Gen.-Kom. 7. A-R.:
Ober Giffenig. Major Meng.

Der vorläufige Vollzugsausschuß. (Namen.)

Ich bitte die Bürgerschaft, die vorstehenden, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erlassenen Anordnungen zu befolgen.

Münster i. W., den 9. November 1918.

Der Oberbürgermeister.

Die Absetzung der Dynastien.

Stuttgart, 10. Nov. In Württemberg ist die Republik erklärt.

Berlin, 10. Nov. Aus Darmstadt wird gemeldet: Der Großherzog von Hessen befindet sich in Schutzhaft.

München, 9. Nov. Am Donnerstagmorgen unternahm der König mit seinen Töchtern einen seiner gewöhnlichen Spaziergänge in der Stadt und war schon auf dem Heimwege, als sich ein Demonstrationszug von der Theresienwiese mit seiner Spitze der Residenz näherte. In der siebenten Abendstunde löste sich dann die Residenzwache auf und die wachhabenden Soldaten schlossen sich dem Zuge der Arbeiter und Soldaten an. Bis nach Mitternacht ging es noch vor dem Wachtlokal und dem Residenztor andauernd sehr lebhaft zu. Hierbei hatte bereits der Arbeiter- und Soldatenrat für Absperungsmaßnahmen Sorge getragen. Unter den zahlreichen Neugierigen ging dabei das Gerücht um, daß eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats sich in der Residenz befinde. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag hat der König mit seinen Töchtern und dem Sohne des Prinzen Rupprecht München im Kraftwagen verlassen, ohne daß das Ziel der Fahrt bekannt war. Die Residenz lag am Donnerstag und Freitag im tiefsten Dunkel, ebenso das Wittelsbacher Palais. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Residenzwache besetzen lassen; die Hartshofwache wurde eingezogen. Die später gemeldet wird, begab sich der König mit der Königin, die schwer krank ist, in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag nach Schloß Wildenwartshaus, um die Königin den Aufregungen der letzten Tage zu entziehen.

Sippe.

An mein geliebtes Volk!

In schwerster Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des Völkchen ist es mir Herzensbedürfnis, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß ich und mein durch tausendjährige Geschichte auf das engste mit dem Völkchen verbundenes Haus der geistlichen und glücklichen Entwicklung des Völkchen Landes niemals im Wege stehen wollen. Wenn die berufene Landesvertretung glaubt, von meinem und meines Hauses Verzicht auf den Thron Heil und Segen für Volk und Land erwarten zu müssen, erlaube ich mich tiefbewegten Herzens zu solchem Verzicht bereit. Dafür verpfände ich mein fürstliches Wort.

Detmold, den 9. November 1918.

Leopold, Fürst zu Lippe.

Fürst. Biedenweg.

In Gemäßheit des höchsten Erlasses vom 3. Oktober d. J. hat die Staatsregierung den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen in geheimen Wahlrechts nach dem System der Verhältniswahl im ganzen Lande als einem Wahlbezirk fertiggestellt, der dem Landtage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung unverzüglich zugehen wird.

Von der im Erlass vom 3. Oktober d. J. vorgesehenen Altersaufstufung ist mit höchster Genehmigung abgesehen. Der Gewährung des Wahlrechts auch an die Frauen wird grundsätzlich zugestimmt.

Der Landtag tritt nicht am 25. d. Mts., sondern schon am 14. d. Mts. zusammen.

Die Frage der zukünftigen Staatsform ist nach höchster Willensmeinung der Entschließung des neuen, auf freier Grundlage gewählten Landtags überlassen.

Die Wahlen zu diesem neuen Landtage werden sofort nach Abschließung des Wahlgesetzes ausgeschrieben werden.

Detmold, den 9. November 1918.

Fürstliches Staatsministerium.

Fürst. Biedenweg.

11. Nov. Der A- und S-Rat meldet folgenden Punkt aus Wilhelmshafen: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Berlin, 10. Nov. Dem „Vorwärts“ wird aus Dresden gemeldet: Der sächsische König ist abgesetzt. Der revolutionäre A- und S-Rat von Groß-Dresden erläßt einen Aufruf an das Volk, in dem gesagt ist: Der König ist seinen Thron entsetzt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu existieren. Die erste Kammer ist aufgelöst. Auch die 2. Kammer besteht nicht mehr. Die Staatsminister, die im Einvernehmen mit dem revolutionären A- und S-Rat die Geschäfte provisorisch weiter führen, haben sofort Resignation auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen ausgeschrieben.

Köln.

11. Nov. Seit gestern abend ist auch Köln von der Bewegung der Arbeiter und Soldaten ergriffen worden. Spät nachts sind größere Abteilungen revolutionärer Massen aus Kiel, Hamburg und anderen Orten hier eingetroffen. Sie betreten nach kurzen Auseinandersetzungen mit den Wachmannschaften die Stadt, fanden hier rasch Zutritt und schritten in früher Morgenstunden an verschiedenen Stellen zur Befreiung der Gefangenen. Die Verbrecher blieben in Haft. Patrouillen durchziehen seit den frühen Morgenstunden die Stadt. Mannschaften und Offiziere werden zur Abgabe ihrer Waffen aufgefordert. Der Aufforderung wird ohne Widerstand entsprochen, und die Waffen werden entwertet. Die Straßenbahnwagen werden angehalten, Soldaten werden zum Aussteigen und zur Waffenherausgabe aufgefordert. Der Verkehr im Innern der Stadt ist damit angeschwollen, daß der Straßenbahnverkehr zum Teil ruht. In den

Munitionsfabriken ruht zumeist die Arbeit. Truppen feiernder Arbeiter und Arbeiterinnen durchziehen die Straßen der Stadt. Um neun Uhr fand auf dem Neumarkt eine Versammlung statt. Eine unübersehbare Menschenmenge hat sich hier eingefunden, die stündlich answoll. Zahlreiche Redner nahmen hier das Wort. Stürmischer Beifall wurde ihnen gezollt. Der Fußgängerverkehr ist keinen Hemmungen unterworfen, Wagen und Autos werden dagegen angehalten. Die Polizei verhält sich tolerant.

Köln, 10. Nov. Die Programmpunkte, die ein 12-köpfiger Arbeitsrat aufgestellt hat, lauten nach dem Dortmunder General-Anzeiger folgendermaßen: 1. Sofortiger Frieden. 2. Vereidigung des Heeres auf die Verfassung. 3. Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen. 4. Abschaffung aller Dynastien im deutschen Reich. 5. Einstellung aller militärischen Einberufungen. 6. Annulierung der Kriegsanleihen unter Schonung der von den kleinen Lanten gezahlten Beträge. 7. Abschaffung des militärischen Grades.

Köln, 8. Nov. Die heutigen Straßengeräusche wurden aufgehoben und die Justizgebäude geschlossen. Der Eisenbahnverkehr erleidet große Einschränkungen, zahlreiche Züge wurden nicht abgefahren. Heute mittag wurden Minderungen und Ausschreitungen in verschiedenen Teilen der Stadt gemeldet. Es wurden sofort Soldatenabteilungen entsandt, die weitere Minderungen verhindern sollten. Das Straßenbild in der Mittagsstunde ist ziemlich belebt. Zahlreiche Soldaten durchziehen die Straßen, geschmückt mit roten Schleifen. Von den Mägen haben die meisten die Kolonne entfernt. Man nehme fällt das Treiben halbwegsiger Burchen in den Straßen auf. Es sollte wenigstens alles getan werden, um die Jugend von der Straße fernzuhalten. Von städtischer Seite erfährt die „Köln. Volksztg.“, daß nahezu die gesamte Korpsgarnison auf die Seite des Soldaten- und Arbeiterrates getreten ist. Heute nachmittag tritt der Soldatenrat im Rathaus zusammen. Angeblich hofft er bis heute abend einen Sicherheitsdienst eingerichtet zu haben. Wie verlautet, sollen die befreiten Straßengefangenen baldmöglichst in ihre Heimat abgeschoben werden.

Köln, 9. Nov. Der „Köln. Jtz.“ wird gemeldet: In den Hauptstraßen der Stadt waren zwar die großen Verkaufshäuser und einige Cafés geschlossen, im übrigen ging das geschäftliche Leben seinen Gang weiter, in den Vorstädten herrschte fast vollkommen Ruhe. Eine große Menge Neugieriger bedrängte am Nachmittag ihre Schaulust und gab den Straßen ein Bild, wie man es in friedlichen Zeiten bei anderen Anlässen zu sehen gewohnt war. Daß dabei eine Anzahl unreifer Burchen und Mädchen ihre Neugierde betätigten und die Anzüge der mit Soldaten besetzten Wachen glaubten berühren zu müssen, ist eine leider, lebendbedrohende Erscheinung. Wie mitzuteilen, hat der Gemeinderat die Gewalt dem Arbeiter- und Soldatenrat übertragen. Ein Aufruf hat laut, daß alle Neugierde von heute an unterbunden sei. Zugewiesenen hat der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Die Arbeiter Köln haben den Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, er hat die Aufgabe, die Revolution, die auch unsere Stadt erfaßt hat, in geordnete Bahnen zum Segen und Wohle des Volkes zu bringen. Dazu heißt es weiter: Arbeiter! Soldaten und Bürger Köln! Helft uns, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Kein Angriff auf das Leben und die Ehre, keine Minderungen. Wer gegen die Öffentlichkeit vorgeht, wird von unseren Straßengewalt sofort hingerichtet. Man werde sich bei allen Handelsbetrieben sofort an den Arbeiter- und Soldatenrat im Rathaus. Wir ersuchen alle Behörden, ihre Tätigkeit unter unserer Kontrolle ruhig fortzusetzen. Das geschäftliche Leben der Stadt soll den gewohnten Verlauf nehmen. Vorwärts für Freiheit und Ordnung! Es lebe die sozialistische Republik! Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte noch, daß er zur Zeit die Macht in Händen habe. Seine größte Sorge sei zur Zeit, wie man weiterhin genügende Lebensmittel nach Köln bekomme.

Von morgen, Sonnabend abend ab ist die Polizeistunde für Zivilisten auf abends 9 Uhr, für Soldaten auf 11 Uhr festgesetzt.

Die Republik Bayern.

München, 8. Nov. Wie die „Münchener Nachsch.“ Abendzeitung“ meldet, ist heute morgen in München die Republik ausgerufen und heute nachmittag 339 Uhr die Regierung der Republik ernannt worden.

Präsident und Ministerium des Reichers: Kurt Eisner. Außen- und Vizepräsident: Hoffmann. Militärische Angelegenheiten: Hoffmann. Ministerium des Innern: Luer. Verkehrsministerium: Trautendorfer. Justizministerium: Lamm. Finanzministerium: Prof. Joffe. Ministerium für soziale Angelegenheiten: Unterleitner. Polizeipräsident von München ist Steiner.

Heute abend um 7 Uhr müssen alle Lokale geschlossen, um 9 Uhr alle Einwohner zu Hause sein.

Leipzig.

Leipzig, 8. Nov. In Leipzig hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Sein Sitz ist das Gewerkschaftshaus. Die Soldaten, die vom Leipziger Bahnhof zur Front abfahren sollten, wurden davon gehindert. Alle Soldaten in den Straßen der Stadt werden von Kommandos mitgenommen und nach dem Gewerkschaftshaus gebracht. Den Offizieren werden Adjutanten und Kolonnen abgenommen. Die Wagen der elektrischen Straßenbahn wurden vielfach angehalten und die darin befindlichen Soldaten aufgefordert, dem Kommando zu folgen. Dabei ist es wiederholt zu Ausschreitungen gekommen. Auf dem Gewerkschaftshaus wohnt die rote Flagge.

Die Bewegung in Bayern reichstreu.

11. München, 9. Nov. Gestern früh ist hier, wie bereits berichtet, die Republik ausgerufen worden. Die Garnison hat sich dem Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat unterstellt, ebenso die Polizeibehörde. Sämtliche staatlichen Einrichtungen sind unter seiner Gewalt. Die beiden sozialistischen Richtungen haben sich jetzt vollständig geeinigt, um die Neuordnung sicherzustellen. Bauernbund und Fortschrittler zeigen Reue, sich anzuschließen. Die Bewegung trägt keinerlei parteilich-stische Tendenz, sie ist im Gegenteil durchaus reichstreu und will die Republik, die ja auch in Deutsch-Oesterreich auf dem Marsch ist, für ganz Deutschland.

10. Bielefeld, 9. Nov. In vergangener Nacht ist auch Bielefeld in die Hände der Soldaten geraten. Gestern am 1. Nov. mit 10 Matrosen aus Wilhelmshaven an und forderten die in Garnison liegenden Soldaten auf, sich ihnen anzuschließen. Dem Befehl kamen die Soldaten nach und schlossen sich den Matrosen an. Der Zug setzte sich zur Kaserne in Bewegung. Dort wurden zunächst die Gefangenen befreit und später in der Nacht auch die Gefangenen des hiesigen Gerichtsgefängnisses. Ohne Widerstand wurden Kaserne und Bahnhof besetzt. Im Laufe der Nacht ergab sich auch die Sparenburg, die reich mit Waffen und Munition versehen war, und die von einer Kompanie besetzt gehalten wurde. Die Bewegung ist so ohne jegliche Störung der Ordnung und ohne jegliches Blutvergießen vorübergegangen. Heute vormittag fand die Gründung eines Soldatenrates statt. Im übrigen ist alles ruhig.

Bielefeld, 9. Nov. Die „Volksmacht“ bringt folgenden Aufruf: Kameraden! Arbeiter! Mitbürger! Die Soldaten Bielefelds haben mit dem heutigen Tag aufgehört, Stützen einer untergehenden Gewalt Herrschaft zu sein. Sie sind jetzt das geworden, was sie sein sollten aber im Deutschland der Klassenherrschaft nicht waren! Glieder eines Volkheeres, das nur den Interessen des Volkes, nicht aber einigen Gewalthabern dient. Das Interesse des Volkes verlangt baldigen Frieden und zur Beendigung des Blutvergießens an der Front den sofortigen Waffenstillstand. Sein Wunsch ist nur noch die Frage knapper Tage, vielleicht nur weniger Stunden. Dann wird für unsere Kameraden im Waffenrock der langersehnte Augenblick kommen, in dem sie das blutige Handwerk des Krieges verlassen können mit der Würde der Arbeiter. Bis dahin gilt es weitere Interessen des Volkes zu schützen. Die persönliche Sicherheit jedes Mitbürgers muß unangefastet bleiben, alles Eigentum unerschütterlich sein. Die Männer, die sich ein neues Deutschland erkämpfen wollen, sind keine Barbaren, sind keine Mörder. Es darf niemand später berechtigt sein, Nachteiliges über eure Bewegung zu sagen, den Umsturz in Mißkredit zu bringen. Das öffentliche und wirtschaftliche Leben unserer Stadt soll sich und wird sich ungehindert entfalten können, jeder hat auf Ruhe und Ordnung zu halten. Das Gefühl der Ruhe soll in dem friedlichen Bürger nicht aufkommen, es soll nur den Verbrecher erschrecken. Kameraden! Haltet Disziplin! Arbeiter! Wartet Ruhe und Ordnung! Mitbürger! Vermeidet unnötige Ansammlungen Schaustellungen! So wollen wir in den Frieden und die Freiheit des neuen Deutschlands kommen. Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit!

11. Berlin, 10. Nov. Die „Deutsche Zeitung“ meldet aus Innsbruck: Die Nachricht von dem Umsturz in Bayern erregt hier großes Aufsehen. Bereits in den Nachmittagsstunden entfernten die bayerischen Soldaten die schwarzsilbergoldene Kolarde und brachten rote Kolarden an. Auf den Straßen kam es zu Verbindungsgegnen zwischen bayerischen und deutsch-österreichischen Soldaten. Wie die Morgenblätter melden erhielten die in der Richtung auf Innsbruck marschierenden Truppen den Befehl zurückzugehen. Ihre Spitze begann bereits den Rückmarsch über den Fernpaß.

Hamburg, 9. Nov. Der stellvertretende kommandierende General des 9. Armeekorps, der vom S. und A. Rat verhaftet werden sollte, ist laut Wochenschrift nach Hamburg geschickt.

Miel, 9. Nov. Die Wochenschrift meldet, daß der Abg. Roske von dem Arbeiter- und Soldatenrat zum Gouverneur und Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Miel ernannt worden ist.

Bericht des Hauptquartiers.

10. Großes Hauptquartier, 9. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der auf dem Westufer der Schelde gelegene Teil von Tournai wurde von uns geräumt und von Engländern besetzt. Zwischen der Schelde und Oise, westlich der Maas, haben wir unsere Linien planmäßig zurückverlegt. An einzelnen Stellen haben sich hierbei Nachkämpfe entwickelt. Der Feind hat in diesem Abschnitt die Linie Perwez — westlich von St. Ghislain — westlich von Maubeuge — östlich und südlich von Avesnes erreicht und ist westlich der Maas bis in die Linie Mart-Warby — und an die Maas westlich von Sedan gelangt. Auf den östlichen Maasshöhen fanden Teilkämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.

10. Großes Hauptquartier, 10. Nov. Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonsee-Lenze-St. Ghislain-Maubeuge-Treton und über die Sormonne westlich von Thalville gefolgt. Auf den östlichen Maasshöhen und in der Ebene der Boovre wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.

Herford und Minden-Ravensberg.

11. November.

Herforder, bedenkt das!

Eine alte Welt sinkt in Trümmer. Die Oktober- tage mit ihren verfassungsgesetzlichen Umwälzungen im Reich, mit den Proklamationen des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten, mit den Parlamentarisierungen der Regierungen usw., haben dem Obrigkeitstaat das Grab bereitet. Im festen Glauben an ein politisch mündiges Volk dürfen wir eine schnelle Fortentwicklung des öffentlichen Lebens und aller seiner Einrichtungen erwarten. Wir hoffen jene Zeit endgültig oder doch auf lange aus überwunden, in der über politische Teilhabelosigkeit zu klagen war. Wir erhoffen diese

Bekanntmachung.

Zwischen der Stadtverwaltung Herford, vertreten durch den Magistrat und den zeitigen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats:

1. W. Schlüter, Vorsitzender
2. Reservist Heidemann, stellvertret. Vorsitzender
3. Horst, August, Konsumverwalter
4. Müller, Ludwig, Lokomotivbeizer
5. Otte, Karl
6. Schmidt, Hermann
7. Pehold, Gustav
8. Fraß, Franz
9. Remena, August
10. Vize-Wachmeister Lewin
11. Ellerbrod, Gefreiter, Schriftführer
12. Elbracht, Gefreiter
13. Steinmann, Unteroffizier
14. Flohr, Heizer
15. Demare, Sergeant
16. Lindemann, Sergeant
17. Dirker, Sergeant

ist folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich in Herford ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, welcher dem Magistrat und der Polizeiverwaltung zur Unterstützung an die Seite tritt.
2. Seine Aufgaben sind:
 - a. Schutz des Eigentums der Bürger, der Stadt und des Staates;
 - b. Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung;
 - c. Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Stadtkreise Herford aufhaltenden Militärpersonen;
 - d. Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition.
3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen:

1. Die mit einem amtlichen Ausweis und einer weißen Armbinde (Aufschrift: Arbeiter- und Soldatenrat nebst Stempel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten.
2. Gegen Plünderungen wird auf das allerstrengste eingeschritten.
3. Der öffentliche Verkehr einschließlich Post und Telegraph soll unter allen Umständen geschützt werden.
4. Sämtliche Militärpersonen, welche sich in Herford aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter- u. Soldatenrat, Rathaus, zu melden.
5. Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Herford, den 9. November 1918.

Oberbürgermeister Busse, als Vertreter des Magistrats.

Bürgermeister Werner, als Vertreter der Polizeiverwaltung.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat: der Vorsitzende Wilhelm Schlüter.

regere Anteilnahme namentlich von jenen, die in Not und Tod draußen gestanden haben, denen Staat und Heimat auch im Sinne des politischen Ausmaßes wertvoll geworden sind. Daß unser Volk sich mit formellen Konzessionen nicht zufrieden geben, daß es eine alle Lebensbedingungen umfassende Reform verlangen würde, davon waren wir überzeugt. Aber wir hoffen auf eine Verwirklichung aller Selbstverständlichkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung und der Volksvertretungen. Nicht der Landtage auf der Grundlage des alten Klassenrechts, sondern auf dem Boden des gleichen Rechts für alle. In diese Entwicklung haben Arbeiter- und Soldatenräte im Sinne schnellster oder sofortiger Verwirklichung politischer Forderungen eingegriffen. Die besonnene Haltung sowohl der Räte wie der verantwortlichen Behörden hat die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten gewirkt. Das ist das Erfreuliche am sonst so aufregenden Bilde, das unser geliebtes Vaterland heute sieht. Unaufhaltsam werden die Ereignisse ihren Lauf nehmen.

Mit der allerschleunigsten Zurückkehr von Millionen von Soldaten ist zu rechnen. Millionen sind zu transportieren, Millionen plötzlich im Lande zu ernähren. Für viele Hunderttausende ist Arbeitsgelegenheit ohne den notwendigen Vorrat an Rohlen, an Rohstoffen usw. zu schaffen. Hunderttausende Gefangene werden abzugeben und in ihre Heimat zu befördern sein. Auch dem allergeordneten Verwaltungsapparat sind damit riesengroße Aufgaben gestellt.

Am Zusammenbruch hat kein Teil unseres Volkes ein Interesse. Alle müssen übereinstimmend wünschen: Freiwillige vor. Wer in diesen Stunden nützlich glaubt mitwirken zu können, muß sich mit seinen Gaben und Fähigkeiten zu Verfügung stellen. Keine Behörde, und auch der Arbeiter- und Soldatenrat ist eine Behörde, wird solche Angebote zurückweisen dürfen oder wollen. Ordnung und die Ruhe muß bewahrt bleiben.

Auch in unserer Stadt regiert das neue Regiment in Kameradschaft. Lichem Zusammenarbeiten mit dem

Magistrat. Von beiden Seiten ist dies Hand-in-Handgehen gewünscht worden. Wir freuen uns darüber, und erblicken darin die sichere Gewähr, daß auch die neue Zeit für unsere gute, alte Stadt Herford einen Abschnitt des Fortschritts und des Aufstieges bedeuten wird. Wir alle, ohne Ausnahme haben daran ein Interesse, daß nichts und Niemand störend und hemmend in diese Entwicklung eingreift. Jeder gehe seiner gewohnten Beschäftigung nach! Wer heute sein Tagewerk versäumt und der Arbeit fernbleibt, versündigt sich an seinem Volk und gefährdet die ruhige Entwicklung. Der Wechsel in den Gewalten darf nicht der Beginn zu einer wilden Anarchie sein. Wer sich zu einer Ausschreitung hineinläßt, ist ein elender Verräter an der Sache seines Volkes und seiner Volksgenossen.

Das Gebot der Stunde ist, wir wiederholen es, was am Sonnabend hier bereits gesagt wurde, sich mit Ruhe und Mäßigkeit in die Dinge zu schicken, sich auf den Boden der vollzogenen Tatsachen zu stellen und nicht den Glauben zu verlieren an die glückliche Zukunft und hohe Bestimmung unseres Volkes.

Die Lage in Herford am Sonnabend.

Dank den Bemühungen der Stadtverwaltung und der Einsicht der Arbeiter- und Soldaten hat sich die Neugestaltung in Herford in aller Ruhe und Ordnung vollzogen. Bereits am Freitagabend war die Bahnhofswache der 67er eingezogen worden. Die hier anwesenden Soldaten haben dann am Sonnabend morgen gegen eine behördliche Bescheinigung auf der Polizeiwache ihre Waffen abgeliefert. Zugleich wurde auf dem Bahnhof unter Leitung von Bürgermeister Werner eine Untereinheit eingerichtet, auf der den Soldaten Urlaub erteilt wurde. Hier ankommende Militärpersonen wurden angehalten, zur Abgabe der Waffen aufgefordert und dann in die Heimat entlassen. Vielfach entfernten die Soldaten ihre Kolarden und Koffelklappen und legten Orden und Ehrenzeichen ab. Das Straßenbild zeigte keine wesentliche Veränderung, wenn man von den Ansammlungen der Volksmenge abließ, welche auf Nachrichten von der Front und aus dem Reich wartete und die von der „Herforder Zeitung“ in schneller Folge herausgebrachten Sonderblätter eifrig besprach. Kein Mißton trübte das Ganze.

Am Mittag konstituierte sich der Arbeiter- und Soldatenrat, dem angehören: 1. W. Schlüter, Vorsitzender; 2. Reservist Heidemann, stellv. Vorsitzender; 3. August Horst, Konsumverwalter; 4. Ludwig Müller, Lokomotivbeizer; 5. Karl Otte; 6. Hermann Schmidt; 7. Gust. Pehold; 8. Franz Fraß; 9. August Remena; 10. Vizewachmeister Lewin; 11. Gefreiter Ellerbrod, Schriftführer; 12. Gefreiter Elbracht; 13. Unteroffizier Steinmann; 14. Heizer Flohr; 15. Sergeant Demare; 16. Sergeant Lindemann; 17. Sergeant Dirker.

Am 3 Uhr trat der Magistrat mit den Vertretern der Parteien im Rathaus zu einer Beratung zusammen, in der über die nächsten Maßnahmen Beschluß gefaßt wurde. Daran schloß sich eine Sitzung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat an, in welcher der Aufruf beschloß wurde, den wir an anderer Stelle unseres Blattes zur Kenntnis der Leser bringen.

Am Abend fand im Brinmannschen Saal eine Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Stadtv. Schlüter, die Neuordnung in Herford bekannt gab.

Auch am

Sonntag

hat sich das Leben und Treiben in unserer Stadt ohne jede Besonderheit vollzogen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat im Einverständnis mit der städtischen Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen getroffen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Hauptache befindet sich im Zentralhotel, Kurfürstenstraße 3. Dort haben sich sämtliche Militärpersonen zur Empfangnahme von Ausweise zu melden. Die Lebensmittelkarten werden nach wie vor für alle Urlauber usw. auf dem Rathaus ausgestellt.

Die Lebensmittelversorgung für die gesamte Bevölkerung wird in der gewohnten Weise weiter erfolgen.

— Wegen Raumangel mußten verschiedene Berichte zurückgestellt werden.

Dammbruch des Kanals bei Minden.

i. Minden, 10. November. Der Damm des Gms-Keine-Kanals ist bei Danterßen gebrochen. Ein großer Teil des Dorfes und die ganze Umgebung ist überschwemmt. Pioniere leisten Hilfe und versuchen die Gefahr zu beseitigen.

Rippische Fürstentümer.

br. Detmold, 11. Nov. Dem Arbeiter- u. Soldatenrat gehören hier drei bürgerliche Vertreter an. Der Landtag tritt am Donnerstag zusammen.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Verantwortlich für den Text und Anzeigen: Hr. Angler, Herford.

Aufruf zur Sammlung von Weihnachtsgaben für das Heer. 1918.

Wir hatten gehofft, daß der Friede dem künftigen Kriegesweihnachtsfest zuvorkommen würde. Da es nicht hat sein sollen, wollen wir nicht minder willig und freudig jedem Soldaten im Schützengraben, jedem Verwundeten und Kranken in den Lazaretten des Kriegsschauplatzes wie der Heimat und dem Pflegepersonal ein ebenso schönes Weihnachtsfest bereiten, wie im Vorjahre. Es soll alles in der gleichen Weise geschehen. Sage niemand, es sei nicht möglich, ein richtiges Weihnachtspaket anzufertigen. Zu einem Durchschnittspreis von 4-5 Mark ist es sehr wohl auch heute noch zusammen zu bringen. Ueber 5 Mark sollten nicht darauf angelegt werden. Wer meint, er könne selbst kein Paket beschaffen, der sende oder zahle bares Geld mit dem Kennworte „Weihnachtsgruß“ an den Zweigverein vom Roten Kreuz oder an den nächsten Vaterländischen Frauenverein seines Kreises; die werden ihn gern der Nähe des Einkaufens und Packens entheben.

Aber ganz fehlen sollte keiner von uns, mögen wir nun zum Roten Kreuz, zu dem Vaterländischen Frauenverein, zu einer anderen wohltätigen Vereinigung gehören oder nicht.

Zum Versand würden sich etwa eignen: Holenträger (ohne Gummi), Zahnbürsten, Zahnpulver, Haarbürsten, Taschenspiegel, Kleiderbürsten, Etuis, Seife, Brillen, Geldtaschen, Notizbücher, Briefpapier, Postkarten, Bleistifte, Briefstaschen, Taschenuhr, elektrische Lampen, Ersatz-Batterien, Spießbeutel, Kissen, Mundharmonikas, Nähmaschinen, Sicherheitsnadeln, Tabakspfeifen, Zigarren-Laschen, Kartenspiele, Bücher und anderer Lesestoff, Spiele (Schach, Domino, Halma) usw. Auch Marmelade, Fleischbrühwürfel, eingemachte u. gedörrte Früchte, Gerichte, Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak und Kautabak werden mancherorts noch aufzutreiben sein. Feuergefährliche Gegenstände sind unbedingt auszuschließen, ebenso die Beigabe von frischem Obst oder von Flaschen mit Getränken, denn das Obst fault und die Flasche frieret und platzt während des langen Transportes, und damit verdirbt der übrige Inhalt der Sendung.

Die Verpackung erfolgt wieder am besten im

Pappschachtel bis zur Größe einer kleinen Zigarette, wenn möglich in wasserfestes Papier eingeschlagen und gut verschürt. Das Einnähen mit Stoff ist zu vermeiden. Der Name des Absenders und seine Adresse dürfen nicht fehlen.

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Sammlung ein Paket an einen einzelnen bestimmten Soldaten im Heere abzusenden.

Zum Schluß sei bemerkt, daß die Versorgung der Lazarette im Heimatgebiet mit Weihnachtsgeschenken nicht von dieser Sammlung berührt wird, sondern wie im vorigen Jahre Aufgabe dieser Lazarette bleibt.

A n s t e r i. B., den 1. Oktober 1918.

Karl Prinz von Ratibor und Corbey
Oberpräsident der Provinz Westfalen
Territorialdelegierter der freiwill. Krankenpflege
Vorstands d. Provinzialvereins vom Roten Kreuz.

Pauline Fürstin zu Bentheim und Steinfurt
Vorstands d. Provinzialverbandes
der Vaterländischen Frauenvereine Westfalens.

Vorstehenden Aufruf bringen wir hiermit zur Kenntnis mit der Bitte, die Weihnachtspakete am Mittwoch, den 13. November, und Donnerstag, den 14. November d. J., in der Zeit von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends in der Sammelstelle in der Leppigfabrik von Korte u. Co., Eingang an der Brücke, abzuliefern. Die Zahl der auf unseren Bezirk entfallenden Pakete ist sehr groß. Es wird deshalb dringend gebeten, nur Einzelpakete (nicht mehrere Pakete in einem Paket verpackt) zusammen zu stellen.

An unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen richten wir die herzlichste Bitte, unsere waderen Heilgrauen in diesem Jahre ebenso zu bedenken, wie im Vorjahre, und ihnen durch recht zahlreich Pakete eine rechte Weihnachtsgeschenke zu bereiten.

Herford, den 25. Oktober 1918.

Der Vorstand des Kreisvereins vom Roten Kreuz
Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins
Herford-Stadt.

den öffentlichen Bezug von Kartoffeln verzichtet haben. Wer Kartoffeln in den Stadtkreis Herford einführt, hat uns dieses unter Angabe der Menge anzuzeigen.

§ 8. Selbstverbraucher sind die Kartoffelerzeuger und ihre Haushaltsangehörigen. Aus den sichergestellten Mengen werden den Selbstverbraucher belassen:

- a) zur Ernährung 1 1/2 Pfund für den Tag und den Kopf, auf die Zeit vom 16. September 1918 bis 14. August 1919 = 5 Zentner;
- b) zur Brotstreckung — soweit der Kartoffelerzeuger Selbstverbraucher nach der Reichsgetreideordnung ist — wöchentlich 600 Gramm, für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 4. August 1919 = 0,55 Zentner;
- c) der Saatgutbedarf in Höhe von 40 Pfund für 1 Ar der Herbstkartoffelanbaufläche 1918.

§ 9. Den Erzeugern wird ferner vorläufig nicht abgefordert eine Ausgleichssteuer, die vorläufig auf 10 von Hundert der Erntemenge festgesetzt ist. Hieraus dürfen nur veräußert werden Kartoffeln, die nicht gesund sind oder die Mindestgröße von 1 1/2 Zoll (3,4 Ztm.) nicht erreichen.

§ 10. Die Erzeuger haben die Kartoffeln sachgemäß zu ernten, pfleglich zu behandeln, zu verwahren und mit Ausnahme der nach § 9 freigegebenen und zur Ausgleichssteuer vorläufig belassenen zu liefern, sie dürfen sie nicht verbrauchen oder beiseite schaffen, insbesondere nicht rechtsgeschäftlich darüber verfügen, andere Personen sie nicht erwerben. Die Lieferung der Kartoffeln hat an uns (Markthalle) zu erfolgen. Der Erzeuger hat gute, gesunde, verlesene Kartoffeln von 3,4 Ztm. (1 1/2 Zoll) Mindestgröße zu liefern. Im übrigen sind die Lieferungsbedingungen der Reichskartoffelstelle maßgebend. Die Bezahlung der Kartoffeln erfolgt durch die Stadtkassakasse.

§ 11. Jeder Kartoffelerzeuger, mit Ausnahme derjenigen mit 200 Quadratmeter oder weniger Kartoffelanbaufläche, wird von uns eine Wirtschaftskarte geführt. Die Leiter der Betriebe sind verpflichtet, auf Erfordern jede zur Anlegung oder Fortführung der Wirtschaftskarte erforderliche Auskunft zu erteilen.

§ 12. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beiseite schaffen, Veräußern oder Verfügen von Vorräten muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem zwanzigfachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Soweit nicht nach vorstehenden Bestimmungen Bestrafung eintritt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft, wer den Anordnungen der Landeszentralbehörde oder unserer Anordnungen über die Sicherstellung und Lieferung der sichergestellten Kartoffeln zuwiderhandelt.

Herford, den 1. November 1918.

Der Magistrat.

Verkehr mit Bekrüben.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (RGBl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918) wird für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Kohlrüben (Stekrüben, Wurden, Bodentkohlrabi, Erdkohlrabi, Unterkohlrabi) ausgedehnt.

§ 2. Die Bekanntmachung tritt 3 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. Oktober 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende, von Villy.

Vorstehende Verordnung wird für den Landkreis Herford veröffentlicht mit folgenden Zusätzen:

1. Der Absatzbeschränkung sind namentlich neben Gemüse, Obst und Kohlrüben auch unterworfen Stekrüben aller Art.
2. Der Absatz ist nur zulässig an die mit einem schriftlichen Ausweis versehenen Verkäufer. Als solche sind bestellt, die bisherigen Verkäufer für Gemüse und Obst.
3. Anträge auf Freigabe von Stekrüben zum Absatz vom Erzeuger an Selbstverbraucher zur Deckung des dringenden Bedarfs sind anzubringen:
a) für den Absatz innerhalb des Kreises bei den Ortspolizeibehörden,
b) in allen übrigen Fällen bei dem Kreiswirtschaftsamte in Herford (Kreishaus).
4. Die Gebühr für die Absatzgenehmigung ist festgesetzt auf 50 Pfg. bei Bahnwegen, auf 10 Pfg. in allen anderen Fällen.

Herford, den 1. November 1918.

Der Kreisaußenrat.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 14. November 1918, findet der Verkauf von getragener Kleidung im Rathaus, Zimmer Nr. 107, wie folgt statt:
von 3-4 Uhr nachmittags für Personen, deren Namen mit den Buchstaben C-G beginnen,
von 4-5 Uhr nachmittags für Personen, deren Namen mit den Buchstaben H-L beginnen,
von 5-6 Uhr nachmittags für Personen, deren Namen mit den Buchstaben M-P beginnen.
Herford, den 9. November 1918.

Der Magistrat.

Anzeigen

für die
Dienstag-Ausgabe
bitten wir uns bis
heute nachmittag 5 Uhr
aufzugeben.
Später aufgebene Inserate müssen bis zur
nächsten Nummer
zurückgestellt werden.
Herforder Zeitung für Stadt und Land

Berein „Walded“

(Fortschrittliche Volkspartei).

Hiermit laden wir unsere Mitglieder, sowie alle Bürger und Bürgerinnen, die gewillt sind sich uns anzuschließen, zu einer

Parteiversammlung

ein, auf Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, im Evangelischen Vereinshaus.

Tagesordnung:

1. Vorstandswahlen.
2. Organisationsfragen (Vorbereitung für bevorstehende Wahlen).
3. Bericht über die Lage.

In dieser ersten Zeit ist es Pflicht des Bürgertums, ohne Unterschied des Geschlechts und des Berufs, sich um die deutsch-demokratischen Ideale zusammenzuscharen und Anschluß zu suchen an eine freiheitliche Organisation.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Wollt ihr der Sache Eures Volkes und Vaterlandes einen Dienst erweisen, kommt und schließt Euch uns an. Zögert nicht!

Der Vorstand.

Brand. Kühle.

Stekrüben und Runkeln unterliegen der Beschlagnahme. Wir empfehlen als Ersatz
gelbe und weiße Stoppelrüben
Ein Pöken Wetzung und Weiskohl, welcher auf der Reise gelitten hat, wird zu ermäßigten Preisen abgegeben.
Gemüse- u. Obstmarkt,
G. m. b. H.

Für unsere Oberinspektion, umfassende d. Prov. Westfalen suchen wir gegen feste Bezahlung und spätere Pensionsberechtigung einen mit **Organisation u. Akquisition** tüchtig vertrauten
Bezirksbeamten
Bewerbungen mit Lebenslauf u. Bild direkt erbeten.
Stuttgarter Lebensversicherungs-Gesellschaft
a. G. (Alte Stuttgarter)
Großes europ. Lebensversicherungsgesellschaft a. G.

Wegen vorgerückter Saison werden

Steintöpfe
zu ermäßigten Preisen verkauft.

Wwe. Weinberg,
Fernruf 635, Baderstraße.

Geld
verleiht gegen monatl. Rückzahlung, distrikt
S. Blume, Hamburg 6.

Wer ist
Inhaber der Kriegsanleihe
Nr. 4936728

über 100.000. — Ausgabe 1916?
Der Erneuerungsschein ist in meinen Händen, ohne diesen ist die Kriegsanleihe wertlos.
August Tremel,
Suttfabrik, L. Baderstr. 25/27

Kompl. Sücheinrichtung
neu, preiswert zu verkaufen.
Windenerstr. 51.

Kaninchen
gleich welcher Rasse u. Farbe, nicht unter 4 Pfd., laßt preiswert
W. Steiner,
Diebstahlstraße 119.
Annahme am Mittwoch abend jeder Woche.

Milchziege
und einen Bod
verkauft.
Althoff, Herford,
Salzgrabenstr. 135.

4-5 Zimmer-Wohnung
zu sofort oder 1. Januar gesucht
Angebote an die Geschäftsst. dieser Zeitung unter Nr. 2801.

Jüngeres Mädchen,
welches zu Hause schlafen kann, für Hausarbeit sofort gesucht.
Frau W. Kuhlmann,
Göbenstraße 19.

Klärung der Stimme
Redner, Lehrer, Sänger, militärische Vorgesetzte alle, die die Stimme im Berufe gebrauchen, müssen dieselbe klar und glockenrein erhalten.
AKKER

Akker's Abtei-Sirup
(Akker Sirup) besitzt die vortreffliche Eigenschaft, den sich auf den Sprechorganen ablagernden Schleim rasch zur Lösung zu bringen, die Stimm- und Sprechorgane von solcher Belastung zu befreien, aber auch vor allem der Verschleimung vorzubeugen.
AKKER'S ABTEI-SIRUP ist ein erprobtes Kräftigungsmittel für die Stimme.
Preis der Flasche = 230 Gr. M. 3.—
" " " = 550 Gr. M. 6.—
" " " = 1000 Gr. M. 9.—
Akkers Abtei-Sirup (nur echt mit Namenszug) ist durch die Apotheken zu beziehen.
Eine Schrift über Akkers Abtei-Sirup ist kostenlos durch L. J. Akker, Emmerich a. Rhein., zu beziehen.

Drucksachen aller Art liefert schnell und preiswert
Fernruf 83. Buchdrucker Fr. Kühle Rennstr. 29/31

Arbeiterinnen
für leichte Arbeiten sucht
Bernh. H. Witte.

Suche für sofort oder später
Mädchen
oder unabhängige
Kriegerwitwe
Frau Anna Jörgens,
Schillerstr. 16.

Portemonnaie
verloren mit ca. 50 M. Inhalt und Brotmarken von der Schillerstr. bis zur Fabrik Riebau u. Gutenberg. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe abzugeben in der Eisenkassette
Riebau & Gutenberg.

Morgenmädchen
od. Frau
für morgens 2-8 Uhr gesucht.
Diebrockerstr. 15.

Ein ganzhafter
Pinscher
(Weißer u. Salz) am Samstag nachmittags abzugeben. Wiederbringer erhält Belohnung.
Ernst Nolting,
Deichhorst 3.

Ein dunkler
Pinscher
auf den Namen Karo hörend, abzugeben. Wiederbringer erhält gute Belohnung.
Vor Ankauf wird gewarnt.
D. Schmidt,
Diebrockerstraße 107.

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83.
Postcheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis der 1. Spalt. Einzelhefte für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Kleinanzeigen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 265

Herford, Montag, den 11. November

1918

Die Abdankung des Kaisers.

Ein Ministerium Ebert bevorstehend. Einberufung
einer verfassungsgebenden Nationalversammlung

(Ämtlich.)

wtb. Berlin, 9. Nov. Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abg. Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenze wünschen sollten, endgiltig festzustellen.

Der Reichskanzler
Prinz Max von Baden.

Die Forderung der Stunde ist: Ruhe u. Disziplin!

Die tapferen 15er

Deister schon sind westfälische Regimenter in den antiken Heeresberichten mit Auszeichnung erwähnt worden, für heldenmütiges Verhalten in schweren Kämpfen. Heute können wir nun laut „Westf. Ztg.“ einen Divisionsbefehl vom 26. Oktober 1918 zur Kenntnis unserer Leser bringen, der wiederum Zeugnis ablegt von treuer Westfalenart, von Todesmut und Todesverachtung und unerschütterlicher Pflichttreue im schweren blutigen Ringen. Der Befehl spricht dem R.-Z.-R. 15 Dank und Glückwunsch für seine hervorragenden Leistungen in den Großkämpfen in Flandern aus. Diese Anerkennung findet ihre besondere Anwendung auf das bei Kriegsausbruch bekanntlich in Bielefeld zusammengestellte zweite Bataillon dieses Regiments.

Der Divisionsbefehl hat folgenden Wortlaut: Nachfolgende Anerkennungen der Herren Oberbefehlshaber der ... und ... Armee für das Regiment 15 bringe ich mit warmem Dank und Glückwunsch für das brave Regiment zur allgemeinen Kenntnis. Raum aufgeführt, hat das Regiment 15 in den Großkämpfen in Flandern wie in aller Zeit Hervorragendes geleistet und, wie die Gefechtsberichte zeigen, glänzende Vorbilder von Tapferkeit und Pflichttreue gegeben. Schwere Opfer hat das Regiment hierbei bringen müssen, mancher brave Kamerad ist gefallen, viele haben Wunden müssen. Großes wurde aber auch erreicht. Der vom Feind mit den gewaltigsten Mitteln erreichte Durchbruch wurde verhindert. Der treffliche Geist des Regiments und seine Traditionen geben mir die Zuversicht, daß auch der junge Ersatz es den Alten gleich tun wird.

Anerkennung des Herrn Oberbefehlshabers der ... Armee.

Das R.-Z.-R. 15 hat während seiner Zugehörigkeit zur 4. Armee in 19-tägigen schweren Kämpfen, unter schwierigsten Verhältnissen eingeleitet, das Vordringen des Feindes aufgehalten, durch seinen zähen Widerstand der Verteidigung neuen Halt gegeben und so es auch immer hingestellt wurde, voll seiner Pflicht getan.

Insbefondere haben ich Leutnant d. R. Nordmeyer-Bielefeld und Leutnant Volau in den Kämpfen vom 15. bis 18. Oktober durch Umsicht, Kühnheit, Entschluß und Tapferkeit auszeichnet.

Ich spreche dem tapferen Regiment, insbesondere seinen Offizieren und Unteroffizieren für ihre vorbildliche Tätigkeit meinen Dank und volle Anerkennung aus.

gez. Sigt v. Arnim, General der Inf. Anerkennung des Herrn Oberbefehlshabers der ... Armee.

Sehr erfreut über die Leistungen des R.-Z.-R. Nr. 15 bei der ... Armee und die ihm zuteil gewordene Anerkennung, beglückwünsche ich Regiment und Division warmstens.

gez. v. Drost, General der Inf.

AGV. Der Niedergang des deutschen Tabakgewerbes wird in der Fachpresse recht eingehend geschildert. Die neuesten desöfentlichen Bestimmungen lassen erkennen, daß man die Versorgung des Heeres noch solange wie möglich sicherstellen will, dem freien Verkehr aber nur mehr eine theoretische Versorgungsmöglichkeit läßt. Die Zigarettenfabrikation wird nochmals auf die Hälfte ihrer Produktion zurückgeführt, nämlich auf 20 Prozent des Kontingents bei Heereslieferanten, bei denjenigen, welche nicht zu diesem Kreis gehören, sogar nur auf 10 Prozent. Die Rauch-, Rau- und Schnupftabakkontingente werden zwar nicht eingeschränkt, können aber nicht voll beliefert werden.

den. Die Quote für die Heereslieferung bleibt mit 75 Prozent die gleiche wie bisher. Infolge der Einschränkung der Produktion auf die Hälfte bleibt für den freien Verkehr auch nur die Hälfte dessen übrig, was ihm bis jetzt zur Verfügung stand. Auch die Zigarettenfabrikation wird weiter herabgesetzt, so daß so gut wie nichts mehr zu fabrizieren ist.

AGV. Haftpflichtversicherungsbeiträge in der Steuererklärung abzugeben. Hinsichtlich bei der Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherungen sind auch die Beiträge für die Haftpflichtversicherungen in der Steuererklärung abzugeben, und zwar insoweit, als die Haftpflichtversicherungen den Geschäftsbetrieb betreffen. Das Preussische Oberverwaltungsgericht hat kürzlich ausdrücklich festgestellt: „Die Haftpflichtbeiträge werden zur Sicherung des Einkommens aus der gewinnbringenden Beschäftigung vorausgesetzt und gehören daher zu den sachlichen Geschäftsausgaben.“ Für einzelne Fälle ist dies noch durch besondere Urteile bestätigt.

Stadtverordnetenversammlung.

am Freitag, den 8. November.

Am Magistratsstisch anwesend: Oberbürgermeister Basse, Bürgermeister Werner und Magistratsassessor Arndt, außer diesen nahmen 20 Stadtverordnete an der Sitzung teil.

Nach 3 Uhr wurden die Verhandlungen durch den stellvert. Stadtverordneten-Vorsteher Jellingner eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat sich Oberbürgermeister Basse zu einer Ansprache das Wort, die wir bereits am Sonnabend veröffentlicht haben.

Stadtver. Vorsteher Jellingner dankt dem Oberbürgermeister für die zwar ernsten, aber dennoch hoffnungsfreudigen Ausführungen. Sie haben den Ton getroffen, der die Herzen höher stimmt. Entschlossen und geschlossen eintreten für die Maßnahmen der Volksregierung, das sei das Gebot der Stunde und zwar mit Ruhe und Besonnenheit. Im Anschluß daran begrüßte er den Stadtverordneten Radig, der aus dem Felde zurückgekommen war.

Stadtver. Horst bedauert die Vorgänge in den größeren Städten und gibt dem Wunsch und der Bitte Ausdruck, daß sich die Einbeziehung in die neuen Verhältnisse hier in Herford besonnen und ohne Blutvergießen vollziehen möchte. Die Polizeiverwaltung könne dazu beitragen, wenn sie ihre Beamten zur Ruhe und Besonnenheit anhalte und alles Provokierende unterlasse.

Stadtver. Kolling erwidert den Magistrat, daß für zu sorgen, daß bei dem augenblicklichen und voraussichtlich anhaltenden Kohlenmangel, Holz und Torf zu billigen Preisen an die Bürger abgegeben werden, auch die Gasanstalt einspringen möchte.

Bürgermeister Werner bemerkt hierzu, daß vom Reichskohlenkommissar in Berlin und von der Kriegsamtsstelle in Düsseldorf fortgesetzt Zusagen auf Lieferung gemacht seien. Die Lieferungen blieben aber leider im Rückstand, alle Vorräte seien verbraucht. Dazu komme, daß viele Betriebe, die bisher mehr als 10 Tonnen monatlich verbrauchten und direkt beliefert wurden, von jetzt ab unter diesem Satz blieben und darum von der Stadt beliefert werden mußten. Die städtische Kohlenstelle habe alles Mögliche versucht, um Kohlen hereinzubekommen. Die Eindeckung mit Holz und Torf sei nur zu empfehlen.

Oberbürgermeister Basse bemerkt dazu, daß die Gasanstaltskohlen für den Hausbrand nicht geeignet seien. In Hinsicht auf Lieferung von Holz und Torf können keine bindenden Zusagen gemacht werden. Doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Stadt alles getan hat, um Brennmaterial zu bekommen.

Stadtver. Vorsteher Jellingner machte dann folgende Mitteilungen: 1. am 21. Oktober hat eine

außerordentliche Revision der Kammereasse stattgefunden; der Bescheid darüber wurde in Umlauf gesetzt. 2. Der Abschluß der Kammereasse für das Rechnungsjahr 1917 weist ein Gesamtumfah von 129 229 287,83 M auf.

Am 17. Oktober sind die Kassen des Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerkes einer außerordentlichen Prüfung unterzogen, der Bericht darüber wird ebenfalls in Umlauf gesetzt.

Der Antrag des Stadtver. Werner aus der letzten Versammlung, eine Nachprüfung über die Auszahlung der Feuerungszulage an die Angestellten der Stadt vorzunehmen, hat seine Erledigung gefunden. Es haben sich Unregelmäßigkeiten und Abweichungen von den Bestimmungen nicht gezeigt.

Stadtver. Werner brachte dann folgenden Antrag durch den stellv. Vorstehenden zu Gehör:

Der Magistrat wird gebeten, für sofortige Erledigung der schwebenden Frage, betr. die Anlage eines weiteren Friedhofes zu sorgen. Ferner schnellstens die Arbeiten für die Neupflasterung einer Anzahl Straßen, sowie der Hausanschlüsse an das Kanalnetz vorzubereiten. Dann darauf hinzuwirken, daß die Arbeiten zum Ausbau der Wiesenstraße baldigst in Angriff genommen werden können, damit die sich durch den nun endlich kommenden Frieden sicher einstellende Arbeitslosigkeit behoben wird.

Der Antrag wurde dann kurz vom Antragsteller begründet und vom Stadtver. Schlüter unterstützt. Schon jetzt müßten Maßnahmen getroffen werden, um ohne Störung von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft überzugehen. Jedem Kriegsteilnehmer müsse Arbeit nachgewiesen werden, dazu genüge der Arbeitsnachweis in Herford nicht, es müsse eine Zentrale geschaffen werden, in der Angebot und Nachfrage geregelt werden können.

Oberbürgermeister Basse teilt zu diesem Antrage und den Ausführungen des Stv. Schlüter mit, daß sich der Magistrat mit derselben Anregung schon lange beschäftigt habe. Als Notstandsarbeit käme für die Stadt die Anlage eines neuen Friedhofes in Frage. Eine endgültige Entscheidung über Platz usw. sei noch nicht gefaßt worden. Es soll hier ganze Arbeit gemacht werden. Das Kanalprojekt soll weiter durchgeführt und Wege, besonders in den Feldmarken, neu angelegt werden. Bei diesen drei Arbeiten könnten hunderte von Arbeitern beschäftigt werden. Im Angebot und Nachfrage besser und schneller regeln zu können, wird der Arbeitsnachweis in städtische Regie übernommen werden, er bittet, dann aber auch der Einrichtung größerer Interesse entgegenzubringen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Die Tagesordnung wurde dann wie folgt erledigt.

Die Abnahme der Rechnung der Mittelschulasse mit 80 876,24 M und der Landwirtschafts- und Realschule mit einer Einnahme von 241 537 M und einer Ausgabe von 138 537 M erfolgte ohne Widerspruch, ebenso die Annahme des Ortsstatuts, betr. Veseitigung der Tierkadaver und die Gebührenordnung dafür.

Eine längere Aussprache erforderte die Festsetzung der Familienunterstützungen an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer.

Der Stadtver. Vorsteher Jellingner gibt einleitend bekannt, daß sich auch der Stadtverordneten-Ausschuß mit der Vorlage des Magistrats befaßt habe und die Erhöhung der Bezüge als dringendes Bedürfnis empfunden habe. Er sei zu dem Beschluß gelangt, die Vorlage mit der Bitte um Erhöhung der Sätze an den Magistrat zurück zu verweisen.

Stadtver. Schlüter bemerkt zu der Vorlage, daß die Bekanntmachung über die Höhe der Aufbesserung verschleiert gewesen seien. Er tritt für eine Erhöhung der Sätze um 5 M ein und begründet seine Forderungen mit den abnormen Feuerungsverhältnissen auf allen Gebieten. Nach dem stat. Amt in Berlin stehe Herford inbezug auf Feuerungsverhältnisse über Bielefeld, das nach seiner Ansicht bedeutend besser für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer Sorge als Herford. Auch sei es nicht zu rechtfertigen, daß kinderreiche Familien die Erhöhung für das 5. und 6. Kind nicht zugestanden wurde. Auch die Behandlung der Kriegsfrauen und anderer Unterstützungsbedürftigen von Seiten der Beamten ließen manchmal zu wünschen übrig. An Einzelfällen wurde das nachgewiesen.

Bürgermeister Werner verspricht weitgehende Fürsorge in besonderen Fällen.

Auch Magistratsassessor Arndt stellte wohlwollende und schnellste Prüfung der Anträge zur Vorlage in Aussicht, wies auf die wesentliche Erhöhung der Unterstützungen oft bis 50 Proz. hin, die bei weitem einen Uberschuß für den Haushalt abwerfe.

Dem trat Stadtver. Horst entgegen, indem er auf die eingetretene Erhöhung und Unterstützungsätze hinwies. Die Mietszuschüsse würden in den meisten Fällen von den Vermietern eingestrichen. Er trat dann warm für eine Erhöhung um 5 M ein und stellt den Antrag, den Stadtver. Radig oder seinen Stellvertreter Schlüter wieder mit zu den Kommissionsberatungen hinzuzuziehen.

Stadtver. Schlüter bemängelt dann, daß die Unterstützungen aus der Nationalspende nicht in die Hände der Antragsteller gegeben würden, sondern daß Schulden der Betroffenen damit bezahlt wurden.

Damit war die Besprechung erledigt und die Vorlage wurde dem Antrage des Stadtverordneten-Ausschusses gemäß mit der Bitte an den Magistrat zurückverwiesen, in eine wohlwollende Prüfung der Erhöhung nach den gedauerten Wünschen einzutreten.

Die Erhöhung der Gaspreise für Beleuchtungs-, Heiz-, Koch- und technische Zwecke an 25 Pfg. für 1 Kubikmeter und für Gasmotoren zu 20 Pfg. für 1 Kubikmeter wurde einstimmig angenommen, nachdem Oberbürgermeister Basse die Notwendigkeit der Erhöhung zahlenmäßig begründet hatte. Die Klage des Stadtver. Glade über schlechtes Gas führte Stadtver. Werner auf die schlechten Kohlen, Mangel an Arbeitskräften und auch auf schlechte Zuleitungen zurück. Im übrigen sei es eine vorübergehende Erscheinung.

Stadtver. Kolling begründete dann die Schaffung einer Buchhalterstelle an der Stadtparlatasse. Die aufblühende Entwicklung mache die Gründung einer solchen Stelle durchaus notwendig und erfordere einen Aufwand von 2000—3200 M. Auch diese Vorlage des Magistrats wird einstimmig angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Aenderung der Fluchtlinie der A—J-Straße, Verbindung zwischen Mindener- und Werrestraße wurde abgelehnt, da zur Klärung der Sache eine Ortsbesichtigung vorgenommen werden soll.

An diese öffentliche Schloß sich dann eine geheime Sitzung.

Wohl selten hat eine Sitzung so viel Zuhörer, meist Frauen, im Zuhörerraum gesehen wie die letzte. Anziehungspunkt war gewiß die Besprechung der Erhöhung der Unterstützungen. g.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Auhle, Herford.

Bersiegelte Lippen.

Roman von H. M. Wiese.

1) (Nachdruck verboten)

„Verdammt kalt ist's hier!“ brummte der Baron. Plauemann sah auf das Thermometer.

„Fünfzehn Grad, wie verordnet, Herr Baron.“ „Teufel auch!“ Der Baron fuhr zornig auf. „Wenn mir kalt ist, so ist's kalt, ob hier fünfzehn oder zwanzig Grad sind! Gewissen Sie noch einmal ordentlich nach, damit nachher keine Störung entsteht.“

Geschmeidet glitt Plauemann aus dem Zimmer. Vom Nebenzimmer, einem großen, vorzaalartigen Gemach aus, wurde geheizt. Er schaukelte tüchtig ein. Dann öffnete er sehr leise eine Messingtür, die über der Feuerung angebracht war. Eine durchbrochene Messingplatte schloß den eingebauten Ofen nach der anderen Seite ab. Er bückte sich und warf einen Blick hindurch. Von hier aus konnte er das ganze Nebenzimmer überschauen. Befriedigt nickte er, dann schloß er die Tür wieder an, ohne sie zu schließen. Nun konnte der Justizrat kommen. Er reichte den Kopf, sein feines Ohr hatte das Rauseln eines Wagens erfaßt, er öffnete die Tür des Zimmers.

„Der Herr Justizrat scheinen zu kommen“, und eilig verschwand er, um die Ankommenden in Empfang zu nehmen.

„Na, das sah ja ganz feierlich aus! Justizrat Holz war begleitet von zwei jüngeren Herren, von denen einer eine umfangreiche Aktentasche trug.“

Der joviale, alte Herr klopfte dem langjährigen Hausknecht vertraulich auf die Schulter.

„Na, Plauemann, wie geht's? Was macht der Herr Baron?“

Plauemann zuckte bedauernd die Achseln.

„Der Herr Baron haben ein paar sehr schlechte Nächte gehabt.“

„Und darum kriegt er's mit der Ungehnlichkeit“, lachte der Justizrat. „Na, ein paar schlechte Nächte bringen solch einen Reizen noch nicht herunter.“

Bemerzte Plauemann untertänig.

„Aber der Herr Baron sind dann sehr schlechter Baume.“

„Und lassen sie an Ihnen aus, nicht wahr? Ja, ja, so geht's. Die Unschuldigen müssen mitreden. Wollen Sie uns an, Plauemann.“

„Der Herr Baron erwartet Sie.“ Plauemann öffnete mit einem tiefen Bückling die Zimmertür und ließ die Herren eintreten. Dann ging er hinaus zu Krebs. „Der Herr Baron sind für niemand zu sprechen. Halten Sie jede Störung fern.“

Ein scharfes Klingelzeichen ertönte. Plauemann glitt eilig hinweg mit seinen eigentümlichen, lautlos schlängelnden Schritten. Kurz einmal mußte er das frische Bein seines Herrn bequemeren legen, den Wein bringen, Zigarren und Schächer. Dann winkte der Baron ihm, zu gehen.

„Ich werde Ihnen klingen, und sorgen Sie, daß wir nicht gestört werden.“

Das tat Plauemann. Er schloß die Tür des Vorsaales ab. Was er dann tat, war seltsam. Er öffnete mit Geräusch eine andere Tür, die nach einem kleineren Zimmer führte. Aber erging nicht hinaus, sondern lehnte sie mit großer Vorsicht wieder an. Dann glitt er, jetzt völlig unhörbar, nach dem Ofen, öffnete ganz geräuschlos die Messingtür, und setzte sich bequem in einen nebenstehenden Sessel. Er hatte alles wohl vorbereitet. So deutlich hörte er, was drinnen verhandelt wurde, als ob er daneben säße, wenn auch drinnen im Zimmer nur mit gedämpfter Stimme gesprochen wurde. Aus seiner Tasche nahm er einen Bleistift, drückte den Kermel seiner Vorree in die Höhe, sah und lauschte. Anweilen schrieb er etwas auf die Messingplatte, Zahlen, Rom n. Manchmal strich er wieder aus, dann schrieb er weiter. Das dauerte lange, wohl eine Stunde. Sein Kopf brumte, seine Augen wurden groß und gierig. Ungehörte Zahlen wurden da drinnen genannt, Namen, die er kannte und nicht kannte. Und plötzlich horchte er hoch auf. Da fiel der Name, auf den es ankam. Eiliger Flog jetzt der Stift über die Messingplatte, die schon ganz mit Zeichen bedeckt war.

Und nun erhob sich drinnen die deutliche Stimme eines Vorlesenden. Es war einer der jüngeren Herren. Er las langsam, manchmal stotternd.

Manigfaltig bog sich Plauemann zu der durchbrochenen Messingplatte. Dem da waren wohl auch die Zahlen wie

ein Schred in die Glieder gefahren, er würgte ordentlich daran.

Und jetzt wurde die Stimme ganz undeutlich und gepreßt. „Achttausendhunderttausend Mark.“

Das hörte Plauemann kaum noch. Aber das war einerlei, es kam ja auf den Namen an, der nun folgte. Drinnen im Zimmer machten sie wohl auch eine Bemerkung, denn der Vorlesende hielt einen Augenblick inne.

„Trinken Sie mal 'n Schälchen Wein“, hörte er die Stimme des Barons.

Nach einer kurzen Weile bogam das Vorlesen wieder. Und nun hörte Plauemann auch seinen Namen. Er machte ein furchtbares Gesicht.

„Hm, hm, eigentlich hatte er etwas mehr erwartet. Gut nur, daß er selber schon vorgesorgt hatte. Langjährige treue Dienste bemittelt solch ein vornehmer, reicher Herr selten richtig.“ Plauemann hatte sich übrigens in der Beziehung keine zu großen Hoffnungen gemacht, und darum war er auch nicht all zu sehr enttäuscht. Drinnen war es jetzt still, dann hörte er die Stimme des Justizrats.

„Haben Sie noch etwas zu bemerken, Herr Baron?“

Ein brummes Verneinen wurde hörbar.

„Dann bitte.“

Papier wurde gerätselt, es entstand ein kleines Hin und Her. Und nun kam der Festschluß, der über viele Willkuren entschied.

Gespannt schaute Plauemann zu.

Der alte Herr hatte sein gewöhnliches, mütterliches Gesicht, er sah aus wie einer, der eine lästige Pflicht widerwillig erfüllt. Viel mehr war es ihm wohl auch nicht, denn an keinen von allen, denen er da seine irdischen Güter ausstelte, knüpfte ihn stärkere Bande.

Plauemann nahm sich nicht die Zeit, jetzt nachzudenken. Seine geräuschlos schloß er den Schieber, erhob sich von seinem Raucherposten und glitt nach der Türe, auf das Klingelzeichen wartend, das ihn rufen mußte.

Als er ertönte, drehte er geschickt und schnell den Schlüssel im Schloß, öffnete geräuschvoll die Türe, schloß sie wieder und glitt dann mit seinem gewöhnlichen, schlängelnden Gange in das Zimmer, in dem sich eben so bedenkliches vollzogen hatte.

Es war warm und düstlich darin, bläulicher Zigarettenrauch erfüllte es ganz. Der Justizrat hatte seine Aktentasche noch nicht ganz abgelegt, der eine der beiden jüngeren Herren sah ganz blaß und erschöpft daneben.

Plauemann mußte noch Wein bringen.

Aber der Justizrat schien leidend und teilnahmslos, und nach einigen Minuten gingen die Herren.

Während Plauemann im Zimmer Ordnung machte und lüftete, spähte er zuweilen verstohlen nach seinem Herrn hinüber. Dieser sah jetzt blaß und abgepaumt aus, das Gesicht war schlaff, und erschien dem beobachtenden Diener plötzlich alt und verfallen, wie das eines Menschen, der nicht lange mehr zu leben hat.

Ein schädeliges Gefühl des Mitleids erfüllte ihn. Aber schließlich, ewig leben kann der Mensch nicht, und mitnehmen kann er seine Reichtümer auch nicht. Plauemann sicherte in sich hinein, lautlos und unsichtbar. Der Baron Bohnen wäre wohl schon der Mann dazu gewesen, das zu tun, wenn es möglich gewesen wäre.

„Ist der Neue da?“ fragte der alte Herr kurz abgerissen und mürrisch.

„Ja, Herr Baron.“

„Soll reinkommen. Aber machen Sie ihm klar, daß er keine verdammt kalten Hände vorher ordentlich anwärmt. Wenn er einen anfaßt ...“

„Wenn Herr Baron wünschen, bleibe ich selbstverständlich gern hier“, besaß sich Plauemann zu versichern.

Aber Baron Bohnen war sehr schlechter Baume.

„Scheuen Sie sich fort, ich komme schon zurecht.“

Eine Stunde später schritt Herr Plauemann, jetzt ein freier Mann in recht elegantem Zivill, unternehmend den kurzen Weg zum Bahnhof dahin. Er besaß sich, — es hatte doch etwas länger gedauert, als er geglaubt hatte. Die Abschrift von der Messingplatte hatte ihre Schwervierigkeiten gehabt. Aber nun steckte sie saubergelesen in seiner Brusttasche, während das forderbare Originaldokument in Plauemanns Schube sorgfältig verschlossen war. Plauemann war in angenehmer Stimmung. Schadenfreude ist ja bekanntlich die reinste Freude, und er war schadenfroh.

(Fortsetzung folgt.)